

Auf nach Kehl am Tag X

Zur **Anti-Castor-Demonstration in Kehl vom 24. bis 26. März** rufen das Aktionsbündnis Castor-Widerstand Neckarwestheim und andere deutsche Antiatomgruppen auf. Unter dem Motto "Unser Widerstand kennt keine Grenzen!" protestieren sie gemeinsam mit französischen AtomkraftgegnerInnen gegen die Wiederaufnahme der Castortransporte. Hintergrund für die Proteste ist die Ankündigung neuer Atommülltransporte aus der französischen nuklearen Wiederaufbereitungsanlage ins deutsche Endlager Gorleben durch Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinen französischen Amtskollegen Lionel Jospin.

Obwohl der Zug mit den Castorbehältern erst für Montag erwartet wird, startet die Demo bereits am Samstag um 13 Uhr. Treffpunkt ist der Bahnhof in Kehl, von dort geht's weiter über die Europabrücke nach Frankreich. Am Sonntag sollen bunte Aktionen dafür sorgen, dass neben dem ernsthaften Anliegen der Spaß nicht zu kurz kommt. Am Montag schließlich, dem Tag X, wird der Castortransport wahrscheinlich am Grenzübergang Lauterbourg erwartet.

Die AtomgegnerInnen begründen ihre fortgesetzte Blockadepolitik damit, dass mit den bevorstehenden Rücktransporten die Lagerungsfrage von Atommüll nicht gelöst sei. In der Schröder-Jospin-Vereinbarung sehen sie einen "Türöffner für den fortgesetzten Atommülltourismus von Deutschland nach Frankreich". Mit dem Protest will die Antiatombewegung die finanziellen und politischen Kosten des Transports in die Höhe treiben und hofft, auf diesem Wege den Sofortausstieg aus der Atomenergie durchzusetzen. Über die Frage der Lagerung will sie erst diskutieren, wenn kein Atommüll mehr produziert wird.

Weitere Informationen unter www.neckarwestheim.antiatom.de oder telefonisch unter 0049 175 7112894.

Gréngesoun société coopérative Invitation à deux assemblées générales

Les coopératrices et coopérateurs de la société coopérative Gréngesoun sont convoqué-e-s

- à l'**assemblée générale annuelle**, qui aura lieu le jeudi 29 mars 2001, à 19 heures, au Circolo Curiel
- et à une **assemblée générale extraordinaire**, qui s'y déroulera le même jour, à 19h45.

Ordre du jour de l'assemblée générale ordinaire:

- (1) rapport de l'ancien conseil d'administration
- (2) rapport financier de l'année 2000
- (3) rapport des commissaires
- (4) décharge du conseil d'administration
- (5) appel aux candidatures et élection d'un nouveau conseil d'administration
- (6) élection des commissaires
- (7) perspectives de notre projet
- (8) divers et discussion

Ordre du jour de l'assemblée générale extraordinaire:

- (1) modification des statuts: dénomination de la société
- (2) modification des statuts: proposition de préciser le mode de convocation, le quorum et la majorité requise pour la validité des délibérations des assemblées générales extraordinaires.
- (3) modification des statuts: adaptation à l'euro

Les propositions de changements de statuts sont envoyés par courrier aux coopératrices et coopérateurs. En cas de besoin, une copie des propositions peut être demandée auprès du secrétariat (297999-10, Monique Ludovicy, admin@woxx.lu).

Luxembourg, le 7 mars 2001
Pour le conseil d'administration
Chantal Serres (présidente)

GRÜNER PARTEITAG IN STUTT GART

Harmonie in Dosen

Mit Claudia Roth haben sich die Grünen eine Vorzeigelinke zur Vorsitzenden gewählt. Gemeinsam mit Fritz Kuhn soll sie die Partei zwischen Realpolitik und alten Werten zu neuen Ufern führen.

Fünf Minuten und fünf Leute sind nicht genug. Darin waren sich die rund 50 AtomkraftgegnerInnen an diesem regnerischen Samstagmittag schnell einig. Per Megafon kam die Antwort: "Alle oder keiner." Man verzichtete auf das Angebot der grünen Spitze, den rund 700 grünen Delegierten in einem kurzen Statement die Forderungen vorzutragen. Vor der Messehalle 4 auf dem Stuttgarter Killesberg, wo sich Bündnis 90/Die Grünen am vergangenen Wochenende zu ihrer 16. Bundesdelegiertenkonferenz traf, gaben die Protestierenden trotzdem ihrem Unmut Ausdruck. "Castor, Castor, no," dröhnte es aus der Sprechdüse. Mit dem rot-grünen Atomkonsens sind sie ebenso wenig zufrieden wie mit den für Ende März geplanten Castor-Transporten. Nicht zuletzt wollten sie die ParteigängerInnen dazu aufrufen, sich an Aktionen gegen den rollenden Nuklearschrott zu beteiligen.

Doch obwohl sich einige der atomkritischen Delegierten anschlossen, hat die Solidarität in den letzten Monaten noch einmal schwer gelitten. Der Grund: Im Januar hatte der grüne Umweltminister Jürgen Trittin samt Parteirat die geplanten Aktionen gegen Castor-Rücktransporte aus

dem französischen La Hague in einer Erklärung rüde kritisiert. Eine Resolution, die, wie Parteichef Fritz Kuhn in Stuttgart einräumen musste, "im Ton falsch" gewesen sei. Eilig hatte der Bundesvorstand wenige Tage vor der Konferenz ein neues Papier erstellt. Diese "Korrektur", sagte Rebecca Harms, die Vorsitzende der grünen Landtagsfraktion in Niedersachsen, habe sie "gar nicht mehr erwartet". Wie viele andere ihrer Partei ist Harms mit den Kämpfen um das geplante Atommüll-Zwischenlager im niedersächsischen Gorleben groß geworden. Und wie viele andere wollte sie sich trotz des ausgehandelten Atomkonsenses den Demonstrationen anschließen.

Ganz schön gewagt: grüner Spagat

Ein Widerspruch, der sich quer durch die Partei zieht. Trotzdem blieb die erwartete grüne Zerreißprobe auf der Delegiertenkonferenz aus. Nach einer knapp einstündigen Debatte wurde der Antrag des Bundesvorstandes mit überwältigender Mehrheit angenommen. "Wir werden nicht zu Aktionen, Demonstrationen oder Blockaden aufrufen," heißt es dort, "die sich gegen den Atomkonsens wenden. Allerdings wer-

den sich Grüne auch im Umfeld der Transporte an Demonstrationen beteiligen, die auf der Basis des Atomkonsenses für einen schnellstmöglichen Atomausstieg eintreten." Die frisch gewählte Vorsitzende Claudia Roth war zufrieden: "Wir Grüne bleiben aktiver Teil der gesellschaftlichen Anti-AKW-Bewegung."

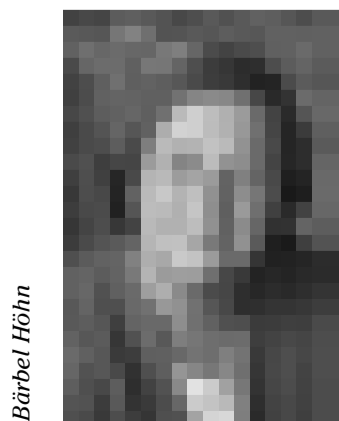
Dieser Spagat wird grüne Politik auch in anderen Bereichen bestimmen. Ganz realpolitisch ging Parteichef Kuhn auf ökologische Modernisierung, wirtschaftliche Innovation und neue Landwirtschaftspolitik ein, während sich seine Kollegin Roth ausführlich urgrünen Essentials widmete. Ob Frauenpolitik, Gentechnologie oder Rüstungsexporte, vieles in Roths engagierter Rede erinnerte an jene "Frontfrau einer Strömung", die sie nach eigenen Worten gerade nicht sein will. "Alte Werte sind neue Werte," erklärte Roth den Delegierten ihre Aufgabe, grünes Profil zumindest verbal wieder von links zu besetzen. "Die amerikanischen Bombardements im Irak", sagte sie etwa in Bezug auf die umstrittenen Äußerungen des Außenministers Joschka Fischer, "sind kein Mittel, einen Diktator Hussein zu überwinden".

Roths Bewerbungsrede kam an: Die angereiste Basis sprach einem Doppelgespann mit dem Pragmatiker Kuhn und der Idealistin Roth vollstes Vertrauen aus. 91,5 Prozent der Delegierten gaben der bisherigen Menschenrechtspolitikerin ihre Stimme.

INTERVIEW

Regieren verändert

AKW-GegnerInnen fühlen sich bei den deutschen Grünen nicht mehr gut aufgehoben. Was ist heute eigentlich grün? Wie definieren sich die grünen Werte der Zukunft? Auf dem Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen sprach WOXX mit Bärbel Höhn, Landesumwelt- und Agrarministerin, in Nordrhein-Westfalen.



Bärbel Höhn

AKW-Gegner und -Gegnerinnen forderten Einlass zum grünen Parteitag. Weil alle in den Saal wollten, hat man ihnen den Eintritt verweigert. Hätte man sie reinlassen sollen?

Der Weg, der gewählt wurde, war richtig. Auch diejenigen, die draußen demonstriert haben, müssen sich auf eine Lösung einlassen. Wir haben ihnen angeboten, zu Wort zu kommen. Als sie das nicht wollten, sind eben Beteiligte des Parteitages zu ihnen hinausgegangen. Im Übrigen stelle ich fest: Die Demonstranten draußen sind nicht nur AKW-Gegner, sondern auch Mitglieder einer sozialistischen Gruppe. Sie haben also auch noch andere politische Interessen.

Sie haben in Stuttgart die Debatte über ein neues Grundwerteprogramm begonnen. War die Konfrontation vor der Halle nicht beispielhaft für den Widerspruch, in dem sich die Grünen befinden? Drinnen sitzen die Mitglieder einer Partei, die im Namen der

deutschen Regierung einen Konsens mit der Atomindustrie vereinbart hat, über den Grüne selbst vor ein paar Jahren nur gelacht hätten, und draußen agiert eine Bewegung, die an ihren Zielen festhält. Sind das grüne Werte?

Nicht nur Demonstranten vertreten grüne Werte, sondern auch die grüne Partei. Früher haben wir demonstriert und dadurch viel erreicht, und zwar auch in der Regierung. Den Atomkonsens aber haben wir nur hinbekommen, weil wir in der Regierung sind, allein mit Demonstrationen hätten wir das nicht geschafft. Nun kann man darüber streiten, ob er gut genug war oder nicht, aber im europäischen Vergleich ist er exzellent.

Auf der Suche nach einem neuen grünen Selbstverständnis kommen Sie um ein grundsätzliches Problem nicht herum: Einerseits wollen Sie soziale Bewegungen einbeziehen, auf der anderen Seite regieren Sie in Berlin. Wie lange wol-

len Sie dieses Doppelspiel noch betreiben?

Wenn man etwas verändern will, muss man in die Regierung rein. Man muss auch Kompromisse machen. Wenn man das nicht will, bleibt man in der Opposition und erreicht über einen bestimmten Grad hinaus überhaupt nichts Weiteres.

Macht es Ihnen keine Sorgen, dass einer der wichtigsten Akteure in Ihrer Debatte - die sozialen Bewegungen - längst nichts mehr von den Grünen wissen will? Zumal Ihre Partei immer noch von den Stimmen stärker abhängt, die sich der Protestkultur verbunden fühlen, als etwa vom ökoliberalen Mittelstand.

Entscheidend ist doch, dass wir viel erreicht haben. Betrachten wir zum Beispiel die Bewegungen im Abfallbereich. Die waren in den achtziger Jahren sehr stark, weil die Regierungen eine Müllverbrennungsanlage nach der anderen bauen wollten. Wir haben dagegen erfolgreich auf Vermeidung gesetzt. Damit haben wir auch der Bewegung gegen diese Anlagen die Zugkraft genommen, weil das Problem gelöst wird. Das gilt noch nicht in allen Bereichen, aber ein Stück weit auch in der Anti-



Protest vor dem Parteitag: "Grüne wieder auf die Straße" oder "Castor, Castor, no!"

(Foto: epa)

Auch für ihre Aufgabe als frauenpolitische Sprecherin bekam Roth knapp 90 Prozent der Stimmen.

"Für uns läuft es hier ganz gut," resümierte der Parteilinke Hans-Christian Ströbele. Vorher war mit knapper Mehrheit ein Antrag des Berliner Bundestagsabgeordnete

ten durchgegangen, nach dem Minister nicht gleichzeitig Abgeordnete sein dürfen. Der Beschluss sorgte schnell für Aufregung. "Die Grünen wollen einfach keine berechenbare, auf Dauer regierungsfähige Partei werden," reagierte das rechte Boulevardblatt "Bild am Sonntag". Man habe doch nichts Außergewöhnliches

beschlossen, beschwichtigte Roth. "In Frankreich, Portugal, den Niederlanden, Luxemburg und den USA ist die Trennung zwischen Regierungsam und Mandat üblich." Minister Fischer, der selbst von der Entscheidung betroffen sein könnte, reagierte gelassen: "Die Realität wird es richten." Zwei Wochen vor

der Wahl zu zwei Landesparlamenten wurde Harmonie groß geschrieben auf dem Stuttgarter Killesberg. "Wir haben Rückenwind", erklärte der baden-württembergische Spitzenkandidat Dieter Salomon. Erstmals nach knapp 50 Jahren bestehe in dem Bundesland die Chance, die konservative CDU von der Regierung abzulösen.

ner uneingeschränkter Fassung" zum Ziel hat. Neue Werte? Die andere Hälfte jedenfalls sprach sich gegen den Vorschlag aus. Sie zieht offenbar den 1994 verabschiedeten Asylkompromiss, der von Flüchtlingsgruppen als faktische Abschaffung des Asylrechts eingestuft wird, dem einst geforderten Bleiberecht für Flüchtlinge vor.

AKW-Bewegung. Durch den Atomkonsens - auch wenn ich mir ein besseres Ergebnis gewünscht hätte - sind wir dem Ende der Atompolitik sehr nahe gerückt.

Was, wie man sieht, viele bezweifeln. Tatsache ist doch, dass Umweltminister Jürgen Trittin für viele Anti-AKW-Gruppen zum politischen Feind geworden ist.

In den Bewegungen wird es immer eine beachtliche Zahl von Leuten geben, denen die Kompromisse nicht reichen und die deshalb den Protest gegen die Regierung wenden. Will man das vermeiden, darf man nicht in die Regierung gehen.

Sind grüne Grundwerte also dasselbe wie Regierungspolitik, oder was meinen Sie mit »grünem Selbstverständnis«?

Gerade mit dem Verbraucherschutz haben wir jetzt ein urgrünes Thema im Zentrum der Debatte, durch das wir die Defensive überwunden haben, in die wir durch die Regierungsbeteiligung gekommen sind. Wir stehen für ökologische, soziale und demokratische Werte. In einer Zeit, in der viele Menschen vor Globalisierung Angst haben, weil sie sich selbst als ein kleines Rädchen im Getriebe empfinden, ist es wichtig

und notwendig, diese Werte sehr deutlich zu vertreten. Sie sind das Rückgrat, die Basis der Grünen.

Soziale Gerechtigkeit wurde bei der Diskussion auf dem Parteitag groß geschrieben. Wie passt es dazu, dass mit Hilfe grüner Politiker der Spitzensteuersatz gesenkt sowie auf eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer verzichtet wurde? Und mit der viel gepriesenen Ökosteuer kann man vielleicht die Renten finanzieren, aber keine umweltfreundlichen Projekte.

Die Ökosteuer macht Arbeitsplätze weniger teuer, indem sie den Ressourcenverbrauch verteuert und die Lohnnebenkosten senkt. Sie schafft Anreize, damit Unternehmer nicht in Kapital oder Rationalisierung investieren, sondern in Arbeitsplätze. Insofern ist sie eine klassische Steuer, die die ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte beinhaltet. Dass die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland seit der rot-grünen Regierungsübernahme erheblich gesunken ist, hat auch mit der Ökosteuer zu tun.

Wenn man mit linken Sozialdemokraten spricht, sorgt der Name Oswald Metzger gemeinhin für eine

Gänsehaut. Der grüne Haushaltspolitiker lässt sich mit seinen Forderungen, den Gürtel enger zu schnallen, nicht von einem FDP-Politiker unterscheiden. Die grüne Wirtschaftspolitik orientiert sich vor allem auf den ökoliberalen Mittelstand. Wie wollen Sie wieder weg vom Image einer grünen FDP?

Was ist an einer Förderung des Mittelstandes unsozial? Der Mittelstand ist der Bereich in der Wirtschaft, der die meisten Arbeitsplätze schafft. Wer nur Großkonzerne unterstützt, wie das die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen in der Vergangenheit getan haben, verstärkt die Negativwirkung von Wirtschaftskrisen. Die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen ist also originäre grüne Politik. Von einer nachhaltigen Wirtschaft kann schließlich die Umwelt ebenso profitieren wie das betriebswirtschaftliche Potenzial. Ziel muss sein, dass wir nicht mehr so sorglos mit der Umwelt und den Ressourcen umgehen. Und da ist die Ökosteuer momentan das beste Instrument.

Interview: Wolf-Dieter Vogel und Danièle Weber

Doch nicht nur der Wahlkampf verleitet die Grünen zu einem geschlossenen Außenbild. Auf dem Programm stand die Debatte um ein neues Selbstverständnis der Partei. Sozialwissenschaftler Axel Honneth nahm die grünen Schlüsselbegriffe Natur, Zivilgesellschaft und Bürgerrechte unter die Lupe, um neue Perspektiven zu entwickeln. Die Schlagworte: soziale Gerechtigkeit, größtmögliche Autonomie, individuelles Wohlergehen in einer gesicherten Zukunft. Wie das gehen soll, erklärte dann Fischer. Die Grünen müssten den Spannungsbogen zwischen "visionären Ebenen" und "programmatischem Handeln" aushalten. Dass es aber mit den Visionen manchmal hapert, bekräftigte Memet Kilic vom Vorstand des Bundesausländerbeirates. "Solange die Grünen Herrn Schily für einen Gott halten, können wir keine vernünftige Einwanderungspolitik machen," sagte der Gastredner mit Blick auf die repressive Asylpolitik des SPD-Bundesinnenministers Otto Schily. Aber auch in den eigenen Reihen war man sich in Sachen Flüchtlinge nicht grün. Nur die knappe Mehrheit der Delegierten stimmte einem Antrag zu, der die "Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl in sei-

nen tullen Verlauf" konstatiert das Präsidium auf dem Parteitag. Und so legt man den Delegierten gegen Ende nahe, Änderungsanträge zum Thema "Die neue Landwirtschaft ist grün" doch bitte zurückzuziehen. Zwar stellte ein aufgeregter Delegierter am Rednerpult fest, dass auf dieser Konferenz wenig Redezeit für die Basis blieb. Doch seinen Antrag "Keine Abschachtung von Rindern zur Marktberingung" zog er dann doch zurück. Die Zeit drängte.

Für Gefühle blieb trotzdem Platz. "Moralische Politik ist unsere Stärke, nicht unsere Schwäche," appellierte Claudia Roth und zitierte auch gerne Texte der alten Agitrocker Ton, Steine, Scherben, die durch ihren mittlerweile verstorbenen Sänger Rio Reiser bekannt wurden. Etwa: "Ich will sein und anders will ich nicht sein." Außerhalb der Messehallen erinnerte man sich an andere Songtexte der Scherben: "Macht kaputt, was euch kaputt macht." Auch wenn sich die Grünenchefin einst ihr Geld als Managerin der Band verdiente, dürfte sie heute keine große Solidarität erwarten. Rio Reiser jedenfalls hatte es vorgezogen, der PDS beizutreten.

Danièle Weber und Wolf-Dieter Vogel



tienten ausgestattet und wissen, dass für eine Änderung des Asylkompromisses eine Zweidrittel-Mehrheit des Bundestages nötig ist." Und die wird es in der Tat nie geben.

Harmonie in hohen Dosen. Kaum ein Thema eignet sich da besser als eine innergrüne Debatte um Verbraucherschutz. Essen muss Spaß machen: In den sterilen Stuttgarter Messehallen machten die Grünen vor, wie es klappt mit der Freude am Essen: Vegetarischer Wok-Fast-Food 16 Mark, ein Becher Kaffee 6 Mark, ein kleines Bier 6,80 Mark. Natürlich alles konsequent bio.

Realität schützt vor zuviel Basis

Einen "tollen Verlauf" konstatiert das Präsidium auf dem Parteitag. Und so legt man den Delegierten gegen Ende nahe, Änderungsanträge zum Thema "Die neue Landwirtschaft ist grün" doch bitte zurückzuziehen. Zwar stellte ein aufgeregter Delegierter am Rednerpult fest, dass auf dieser Konferenz wenig Redezeit für die Basis blieb. Doch seinen Antrag "Keine Abschachtung von Rindern zur Marktberingung" zog er dann doch zurück. Die Zeit drängte.

Für Gefühle blieb trotzdem Platz. "Moralische Politik ist unsere Stärke, nicht unsere Schwäche," appellierte Claudia Roth und zitierte auch gerne Texte der alten Agitrocker Ton, Steine, Scherben, die durch ihren mittlerweile verstorbenen Sänger Rio Reiser bekannt wurden. Etwa: "Ich will sein und anders will ich nicht sein." Außerhalb der Messehallen erinnerte man sich an andere Songtexte der Scherben: "Macht kaputt, was euch kaputt macht." Auch wenn sich die Grünenchefin einst ihr Geld als Managerin der Band verdiente, dürfte sie heute keine große Solidarität erwarten. Rio Reiser jedenfalls hatte es vorgezogen, der PDS beizutreten.